

Eingang:

26.03.2025

**Antrag
der CDU-Fraktion**

Fahrradweg Eschersheimer Landstraße: Gewerbebetriebe sichern

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, mit Beteiligung der Wirtschaftsförderung Frankfurt und der IHK unverzüglich die Folgen des im Oktober 2024 auf der Eschersheimer Landstraße zwischen der Humser- und Hügelstraße eingerichteten Fahrradwegs zu ermitteln und auszuwerten. Dabei soll insbesondere untersucht und berücksichtigt werden:
 - a) Die Erreichbarkeit der ansässigen Geschäfte mit dem Auto.
 - b) Die wirtschaftlichen Belastungen für die betroffenen Betriebe durch die veränderten Verkehrsbedingungen.
 - c) Die Auswirkungen der neuen Verkehrsführung auf alle Verkehrsteilnehmer, insbesondere den motorisierten Individualverkehr und den Radverkehr, aber auch die Fußgänger.
2. Der Magistrat wird aufgefordert, spätestens innerhalb der nächsten drei Monate aufgrund des Ergebnisses der Auswertung konkrete Handlungsempfehlungen zu benennen und umzusetzen, um weitere wirtschaftliche Schäden für die Gewerbetreibenden zu verhindern.

Begründung

Seit der Einrichtung des Fahrradwegs auf der Eschersheimer Landstraße zwischen Humser- und Hügelstraße im Oktober 2024 beklagen zahlreiche dort ansässige Ladengeschäfte massive Umsatzrückgänge. Durch weggefallene Parkplätze und Staus bleiben insbesondere Kunden aus dem Umland, die auf dem Weg vor oder nach der Arbeit dort Einkäufe erledigt oder Dienstleistungen in Anspruch genommen haben, weg. Eine aktuelle Befragung der IHK hat zum Ergebnis, dass viele Gewerbetreibende über eine Schließung ihres Geschäfts nachdenken. Damit steht nicht nur die Existenz der Gewerbetreibenden selbst auf dem Spiel. Geschäftsaufgaben würden auch die Nahversorgung der Anwohner beeinträchtigen. Dies kann niemand wollen.

Die aktuellen Vorstellungen des Verkehrsdezernats sehen vor, die Auswirkungen des Fahrradwegs erst nach einem Jahr zu evaluieren. Viele Betriebe können jedoch nicht so lange warten – für einige steht bereits jetzt die Existenz auf dem Spiel. Es ist deswegen notwendig, die

Folgen des Fahrradwegs unverzüglich ergebnisoffen und unvoreingenommen zu ermitteln und Maßnahmen zu ergreifen, die auch die Situation der Gewerbetreibenden berücksichtigen. Eine faktenbasierte Anpassung und gegebenenfalls notwendige Korrekturen, um eine bessere Balance zwischen einer Verbesserung der Verkehrssicherheit für Fahrradfahrer und der Erreichbarkeit und Wirtschaftlichkeit der Gewerbebetriebe zu finden, ist das Gebot der Stunde. Frankfurt braucht eine Verkehrspolitik mit Augenmaß, die nicht an der Realität der Menschen vorbeigeht.

Dr. Nils Köbler
Fraktionsvorsitzender

Antragstellerinnen und Antragsteller:

Stv. Frank Nagel
Stv. Dr. Veronika Fabricius
Stv. Sabine Fischer
Stv. Sybill Meister
Stv. Martin-Benedikt Schäfer